
Nationale Vergangenheit – Europäische Zukunft?

Vor zehn Jahren - am 7. Februar 1992 - wurde der Vertrag über die Europäische Union (EU) unterzeichnet und ein gemeinsamer Binnenmarkt geschaffen. Seither entstand die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, der Euro löste symbolträchtiges nationales Geld ab, und weitreichende Ausbauschritte der EU nach Osten stehen kurz vor der Vollendung. Europa erhält ein völlig neues, ein europäisches Gesicht. Erst ein Vergleich mit anderen Weltregionen verdeutlicht, wie unglaublich sich Europa im vergangenen Jahrzehnt verändert hat. Das Europa der Zukunft hat mit dem Europa vor 1990 kaum mehr viel gemeinsam. Nirgendwo sonst ist der Nationalstaat derart auf dem Rückzug, nicht in Asien, nicht in Afrika, nicht in Amerika. Selbst die USA haben nicht annähernd ähnliche politische und sozioökonomische Umbrüche bewältigt wie Europa in der letzten Dekade.

Selbstredend hatte und hat Europa seinen Preis. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Zu schmerzlich waren die Narben, die Europäer in zwei Weltkriegen einander gegenseitig zugefügt hatten. Das Denken in nationalstaatlichen Dimensionen war die verständliche Konsequenz aus den schrecklichen Erfahrungen der Vergangenheit. Deshalb musste in den 50er Jahren zuallererst gegenseitiges politisches Vertrauen zurückgewonnen werden. Somit war in der Nachkriegszeit „mehr Europa“ vor allem politisch gewollt. Dass mit „mehr Europa“ kurzfristig für einzelne Länder auch „mehr Kosten“ entstanden, war und blieb nebensächlich. Wichtig war zunächst einmal, mit oft sehr teuren vertrauensbildenden Maßnahmen Hass, Ängste und Misstrauen gegenüber dem europäischen Nachbarn abzubauen. Dazu gehörte auch, in Kauf zu nehmen, dass gute politische Absichten vielfach weit über das ökonomisch sinnvolle Maß hinausschossen. An verschiedenen Stellen wucherte das Umverteilungsgeflecht zugunsten vermeintlich Benachteiligter zu einem undurchsichtigen Dschungel, so dass am Schluss niemand mehr so richtig erkennen kann, wer sich auf wessen Kosten bereichert. Andernorts wurde fälschlicherweise mit der Forderung nach „mehr Europa“ der kostensenkende Wettbewerb der verschiedenen nationalen Systeme ausgeschaltet.

Bei aller berechtigten Kritik, dass es noch besser hätte gemacht werden können, bleibt eines absolut zweifelsfrei: Europa ist in den letzten 50 Jahren einer wahrhaftig erfolgreichen Strategie gefolgt. Der vertrauensbildende politische Integrationsprozess brachte Europa eine hohe ökonomische Friedensdividende. Das langsam wachsende gegenseitige Vertrauen schuf die entscheidende politische Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität und Berechenbarkeit. Die Transaktionskosten für grenzüberschreitende, innereuropäische Geschäfte sanken. Nun konnte und kann auch ökonomisch geerntet werden, was mit dem politisch motivierten europäischen Integrationsprozess gesät wurde.

Waren, Personen und Kapital dürfen innerhalb der EU ungehindert nationale Grenzen überqueren. Komparative Kostenvorteile kommen dadurch unmittelbar zur Geltung. Der Euro wird ein Übriges für mehr Transparenz tun. Kosten- und Preisvergleiche werden erleichtert. „Mehr Europa“ bedeutet eben auch „weniger national(istisch)e Politik“ und damit weniger Schutz für kostspielige Abschottungstendenzen. Nicht von ungefähr verschwanden in der EU staatliche Monopole im Energie-, Transport- und (Tele-)Kommunikationssektor ohne viel Federlesens. Eine radikale Reform der Wettbewerbsregeln wird beim Autovertrieb zu



Thomas Straubhaar

günstigeren Preisen führen. Genauso wird es im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen, bei Finanzierung und Versicherung zu einer weiteren kosten-senkenden Europäisierung nationaler Güter- und Faktormärkte kommen.

Die Europäisierung von Recht und Wirtschaft wird die nationale Politik in den einzelnen EU-Ländern nachhaltig verändern. Nicht alles was aus Brüssel oder Straßburg kommt, muss gut oder gar besser sein als nationale Lösungen. Vielfach aber dürfte allein schon der Anstoß von außen genügen, um im Innern sozioökonomische Verkrustungen aufzubrechen und einen politischen Stillstand zu überwinden. Wenn Reformnotwendigkeit und Reformwilligkeit immer weiter auseinanderdriften und es die Liliputaner geschafft haben, Gulliver in einem eng geknüpften Interessennetz zu fangen, bedarf selbst ein wirtschaftlich starkes Land der auswärtigen Hilfe, um sich aus den Verstrickungen zu befreien.

Wie sehr der Druck von außen für innenpolitische Bewegung sorgen und wie rau der europäische Wind durch die nationale Politik wehen kann, zeigt sich zur Zeit in Deutschland. In Sorge um die langfristige Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion hatten die Deutsche Bundesbank, der Sachverständigenrat und die Wirtschaftsforschungsinstitute in breitem Konsens mit den politischen Parteien eine Ergänzung zum Maastrichter Vertrag gefordert. Weil beim Euro mitgegangen ist, wer mitgegangen war, galt es, in das EU-Regelwerk eine Notbremse gegen leichtfertige Haushaltspolitiken in den einzelnen Ländern des Euro-Raumes einzubauen. Kein Euro-Land sollte durch eigene Disziplinlosigkeit anderen schaden können. Als Ergebnis entstand im Juni 1997 der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt, mit dem der Euro gehärtet werden sollte.

Zur Überraschung vieler steht nun nicht ein notorischer Inflationstreiber am Stabilitäts-Pranger, sondern ausgerechnet Deutschland. Die Beweislast wirkt so erdrückend, dass unwesentlich wird, ob nun blaue Mahnbriefe tatsächlich verschickt werden. Entscheidender ist, dass offensichtlich wird, dass selbst das große Deutschland die europäischen Verträge zu respektieren hat. Ein Oktroi von außen mag in Deutschland einige verstimmen, die bis dahin die Spielregeln selber vorgeben wollten. Andere mögen in ihrem Missmut in der verbalen Kritik sogar übers Ziel hinausschießen und in der Wahlkampf-Hitze wenig stichhaltige Legenden konstruieren. Letztlich aber wird der europäische Stabilitätspakt dafür sorgen, dass der deutsche Staatshaushalt - für dessen desolaten Zustand viele auch historische Gründe und nicht zuletzt die deutsche Wiedervereinigung verantwortlich sind - nicht beliebig defizitär werden wird.

Wie bei der Haushaltspolitik wird europäisches Recht nationalen Politikern in immer mehr Bereichen die Hände binden. Die von der EU-Kommission vorgelegte wettbewerbsfreundliche Reform des Autohandels wird allen lauten Proteste der Branchen-Lobbyisten zum Trotz abgeschottete und entsprechend verkrustete Automärkte aufbrechen. Auch beim Autohandel mögen nationale Politiker heimische Interessengruppen lautstark unterstützen. Glücklicherweise werden diese partikularen Sonderwünsche auf europäischer Ebene wenig Gehör finden. Nur zur Erinnerung: Die Kommission kann ihren Reformvorschlag in eigener Kompetenz durchsetzen und weder die einzelnen Mitgliedstaaten noch das europäische Parlament haben dabei ein Mitentscheidungsrecht.

So zeigt sich denn in vielen Bereichen, dass gerade „Europa“ helfen kann, nationale Interessengruppen in ihre Schranken zu weisen. Wer, von Reformstau geplagt, hilflos wie Gulliver auf dem Rücken liegt, kann mit europäischer Hilfe wieder auf die Beine kommen. Allerdings dürfte der Schwung von außen nur temporär sein und zudem vielfach auch eine Bewegung in eine falsche Richtung verursachen. Denn national organisierte Interessengruppen werden zunehmend eine europäische Strategie spielen und versuchen, Gulliver wieder in ihren Netzen festzubinden.